

SPD-Fraktion

Im Rat der Stadt Rietberg

Mühlenstraße 16

33397 Rietberg

Tel.: 05244 / 77445

Email: Gerd.Muhle@versanet.de

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Zum Haushaltsplan 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Damen und Herren der Presse,
werte Bürgerinnen und Bürger,

Gliederung

1. **NKF**
2. **Gewerbesteuer**
3. **Verwaltungshaushalt**
 - Kindergartensituation nach dem Kibitz
 - Schulsozialarbeit
 - Hauptschulen
 - Rundtheater
 - ÖPNV
4. **Vermögenshaushalt**
6. Hallenbad
7. Bebauungsplan „Am Postamt“
8. Investitionsprogramm,

NKF(Neues Kommunales Finanzmanagement)

Zum letzten Mal haben wir den Haushaltsplan in herkömmlicher Form vorgelegt bekommen. Und dann muss umgestellt werden. 80 % der Gemeinden sind eher damit angefangen. Wir akzeptieren es aber, dass wg. der LGS wir später als ursprünglich vorgesehen umstellen. Das NKF soll Aussagen über Effektivität und Wirtschaftlichkeit stärker möglich machen, so liest man, wenn man nach Gründen für die Umstellung sucht. Insbesondere soll durch die systematische Erfassung des Vermögens und der Schulden in einer Bilanz eine verbesserte Abbildung der Interessen nachfolgender Generationen erreicht werden. Wir müssen dabei beachten, dass Wirtschaftlichkeit

und Gewinnmaximierung nicht oberstes Prinzip eines öffentlichen Haushaltes sein kann. Die sozialen und umweltrelevanten Belange sind nicht nur mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu messen. Trotz aller Euphorie führt NKF nicht zu einer besseren Finanzausstattung der Gemeinden. Die Übernahme des kaufmännischen Rechnungswesens darf nicht im Wesentlichen dazu dienen, das Kostenargument als Druckmittel gegenüber Bürgern und Beschäftigten einzusetzen. Ich bezweifle auch, dass NKF zu mehr Transparenz der Finanzen in den Kommunen führt. Im Gegenteil! Wenn sich bisher schon Bürger und Politiker schwer taten, den kameralen Haushalt verstehen und lesen zu können, wird es ihnen mit NKF nicht leichter fallen Kürzungen in verschiedenen Bereichen der Freiwilligen Leistungen zu erkennen. Wir Kommunalpolitiker werden mehr Zeit benötigen um da durch zu blicken.

Gewerbesteuer

Seit einigen Jahren haben wir die erfreuliche Entwicklung steigender Steuereinnahmen zu verzeichnen. Dies scheint sich im laufenden Haushaltsjahr 2008 fortzusetzen. Allerdings bekommt die Weltkonjunktur leichte Dellen, was sich auch auf die öffentlichen Finanzen auswirken wird. Woran es lag, dass in den vergangenen Jahren der Kämmerer völlig daneben lag, will ich nicht wiederholen. Für das kommende Jahr musste der Kämmerer etwas spitzer rechnen, weil die hehren Ziele des Eckwertebeschlusses: **keine Steuererhöhung, keine neuen Schulden** nicht gefährdet werden sollten. Da musste dann ein mutiger Ansatz her. Wir werden also auf keinen Fall beantragen, den Ansatz von 14 200 000 € Gewerbesteuereinnahmen zu erhöhen. Wenn wir diese Zahl erreichen, können wir uns glücklich schätzen.

Kindergarten

Als einen exemplarischen Bereich aus der Sozialpolitik möchte ich den Bereich Kindergarten näher betrachten. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat uns ein Kinderbildungsgesetz beschert, dass nur als schlecht zu bezeichnen ist. Mit dem Slogan „KiBiz ist Mumpitz“ wird dieses Gesetz überall und nicht nur in SPD-Kreisen bezeichnet.

Die FWG hat in diesem Jahr zu den Haushaltsplanberatungen einen Antrag gestellt, das letzte Kindergartenjahr in den Rietberger Kindergärten kostenfrei zu gestalten.

Überall wird das letzte Kindergartenjahr als beitragsfreies Jahr diskutiert. In diesem letzten Jahr sollen die Kinder durch

Sprachprogramme gefördert werden. Die Länder sind sich jedoch noch uneins über die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr. Im von der SPD regierten Land Rheinland Pfalz ist es eingeführt.

Bei uns besuchen knapp 90 % das letzte Kindergartenjahr. Ganz wichtig ist zu beobachten, wer nicht den Kindergarten besucht und somit deutliche Nachteile für das Lernen in der Grundschule hat. Der Grund, warum die Kinder der Eltern, die aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion zu gekommen sind, den Kindergarten zum großen Teil nicht besuchen, ist kein finanzieller, sondern ein weltanschaulich religiöser Grund. Was wir brauchen ist ein Pflichtkindergartenjahr, was Sache des Bundes wäre und dann könnte auch das letzte Jahr beitragsfrei gestaltet werden, was Sache des Landes wäre.

Ministerpräsident Öttinger aus Baden-Württemberg spricht sich für ein verpflichtendes Kindergartenjahr aus: "So können wir alle Kinder in der letzten Runde vor dem Schulstart mitnehmen."

Ebenso fordert der Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer, Ludwig Georg Baum, die Kindergartenpflicht. Er konstatiert, dass sich jeder investierte Euro rechne. Je besser die Kinder von Anfang an gefördert würden, auf umso mehr Kompetenzen könnten später die Schulen aufbauen.

Die Frage ist nur, wer das bezahlt das.

Wenn wir zusätzlich aus unserem Haushalt freiwillige Leistungen in diesem Bereich finanzieren sollten, dann sollte die Leistung in zusätzliches Personal gesteckt werden. Je mehr fachliches und kompetentes Personal zur Verfügung steht, umso intensiver und somit auch effektiver gelingt die Vorbereitung der Kinder auf die Schule. Diese Kraft käme den wirklich Bedürftigen zugute und wäre nicht Geldausschüttung nach dem Gieskannenprinzip.

Mit dem so genannten Kinderbildungsgesetz (KiBiz) werden die Gruppen in den Kindertageseinrichtungen größer; die Aufgaben für die Erzieherinnen umfangreicher und die Elternbeiträge steigen. Herr Schütte von der CDU bestreitet das. Uns bleibt jetzt nichts anderes übrig, als das erste Jahr mit Kibiz abzuwarten, wie es sich auf unsere Einrichtungen auswirkt und dann werden wir Anträge zu Besserstellung der Kindergärten als freiwillige Leistung stellen und Aufgaben, die eigentlich das Land zu tragen hätte, übernehmen müssen, wenn wir denn den Anspruch haben eine kinderfreundliche Stadt zu sein.

Schulsozialarbeit

Ein Beispiel, zu dem ich weiter einige exemplarisch Ausführungen machen möchte, ist die Schulsozialarbeit. Im letzten Jahr ließ sich die CDU, obwohl sie es besser wusste, nicht dazu bewegen, eine weitere halbe Stelle Schulsozialarbeit zu bewilligen.

Sie von der CDU haben deutlich gespürt, welchen Fehler Sie im vergangenen Jahr gemacht haben. In den Beratungen der Schulkommission für den Haushalt in diesem Jahr haben Sie sich einsichtig gezeigt und sind den Vorschlägen aller Oppositionsparteien und der Schulen gefolgt und man hat sich gemeinsam auf eine weitere halbe Stelle, wie im vergangenen Jahr gefordert, geeinigt.. In der Sozial- und Schulausschusssitzung haben Sie dann noch draufgesattelt mit einer weiteren $\frac{1}{4}$ Stelle, weil irgendein Ortsteilproporz nicht stimmte. Ein Musterbeispiel politischer Kultur ist das nicht. Unberechenbarkeit in der Kommunalpolitik ist kein Qualitätssiegel.

Hauptschulen

Das Schulgesetz in NW zwingt uns dazu über die Hauptschulsituation nachzudenken. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es sind in Rietberg keine drei Hauptschulen nach dem Schulgesetz, dass die Schwarz/Gelbe Landesregierung verantwortet, zu halten. Wir können nicht so tun, als könne alles so weiter laufen. Besser ist es, wenn wir handeln und uns das Heft nicht aus der Hand genommen wird. Die SPD-Fraktion wird in einer der ersten Sozial- und Schulausschusssitzungen das Thema auf die Tagesordnung bringen. Wir sollten die Organisation der Schulpolitik nicht mit ideologischen Scheuklappen betrachten sondern schauen, wie für unsere Schüler in unserer Stadt die beste Lösung gefunden wird. Die Schulorganisation muss Funktion des Schulerfolgs der Schüler sein und nicht umgekehrt.

Rundtheater(ehemalige ROM)

Lassen Sie mich einige Bemerkungen zu dem Rundtheater (ROM) machen.

Manchmal bieten Zufälle riesige Chancen.

In meinem privaten Umfeld gibt es nicht wenige, die sagen, was sollen wir damit. Da drin könne man nicht mal Karneval feiern. Wir bräuchten stattdessen eine Stadthalle. Wir hier im Rat wissen alle, dass wir uns keine Stadthalle leisten können. Gütersloh hat eine defizitäre Stadthalle, Delbrück hat eine defizitäre Stadthalle. Und Wiedenbrück

bekommt eine Luxusstadthalle für 10 Mio. € zum größten Teil gesponsert. Der Markt ist ausgeschöpft in unserer Region, wenn man noch bedenkt, dass wir auch im Einzugsbereich der Oberzentren Bielefeld, Paderborn, Münster liegen.

Wir haben jetzt dieses Rundtheater und es eröffnet für uns einmalige Chancen. Wir haben ein Spiel- und Musiktheater, was in unsere kleine mittelalterliche Stadt passt, vielleicht nicht unbedingt vom äußeren Erscheinungsbild, was mit etwas Phantasie sich noch verbessern ließe. Es ist dennoch eine Spielstätte von einmaligem Reiz. Sie bietet ein sehr eigenes Musikerlebnis, wie wir feststellen konnten: Dadurch, dass der eigenwillige zeltartige Bau im Vergleich zu einer Stadthalle oder einem herkömmlichen Theaterbau sehr klein ist, sitzt man, je nach Platz, direkt vor oder über dem Orchestergraben und vielleicht 10-15m Luftlinie von der Bühne entfernt, was ein sehr eigenes visuelles und vor allem tolles Klangerlebnis schafft. Ich habe nach der Opernvorstellung Orchestermusiker gefragt, wie es denn sei, in so einem ungewöhnlichen Theater zu spielen und sie sagten mir, es sei einfach Spitze so nah am Publikum zu sein. Zudem ist der Bau eigentlich sehr einfach und deshalb charmant eingerichtet. Wenn es uns gelingt, das Theater mit musikalischem und spielerischem Leben zu erfüllen, dann hat der Zufall es gut mit uns gemeint. Ich bin sicher, dass wir uns nicht nur durch Profis wie zum Neujahrskonzert sondern auch durch Aufführungen der Big Band des Gymnasiums und durch Musicalaufführungen der Realschule zu Begeisterungsstürmen hinreißen lassen werden. Wichtig ist, dass praktikable Nutzungskonzepte erstellt werden, die den schulischen Belangen des Schulzentrums und den kulturellen Belangen der Rietberger Bevölkerung und der Gäste aus der Umgebung gerecht werden.

Öffentlicher Nahverkehr.

ÖPNV ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Die SPD-Fraktion hat von Anfang an durch die LGS eine große Chance gesehen, den ÖPNV in Rietberg zu verbessern. Die LGS gibt uns die einmalige Gelegenheit, den Bürgern die großen Chancen für mehr Mobilität zu bieten. Die Beschlüsse, die wir in der vergangenen Bau- Planungs- und Verkehrsausschusssitzung gefasst haben, sind ein Meilenstein.

Wenn wir die große Zahl von **Leerfahrten** beklagen, dann darf der Schluss nicht sein, es gibt keinen Bedarf ÖPNV. Der Bedarf muss geweckt werden. Wenn wir wirklich **Lokale Agenda 21** ernst nehmen wollen und es nicht bei Stadtmarketing bewenden lassen wollen, dann

müssen die LGS - Fahrten zu den Bahnhöfen der Region und die wesentlich verbesserte Anbindungen unserer Ortsteile zu **Lehrfahrten** werden. Zu **Lehrfahrten**, die uns zeigen, dass es nichts Anrüchiges ist, mit dem Linienbus zu fahren. Wir müssen lernen, dass auch auf dem Lande das Umsteigen vom Individualverkehr auf den ÖPNV das Gebot der Stunde ist. Wenn im nächsten Jahr der ÖPNV begutachtet wird, sollten wir nicht versäumen richtig die Werbetrommel dafür zu röhren. Alle Medien sollten mit uns an einem Strang ziehen. So könnte durch die LGS Nachhaltigkeit im Sinne der **Lokalen Agenda 21** erreicht werden, die den Begriff Nachhaltigkeit verdient. Nach so einem Gutachten werden wir auch Empfehlungen für die richtige Form des ÖPNV bekommen. Ohne dem voreiligen zu wollen glauben wir, dass das der „Bürgerbus“ sein wird.

Vermögenshaushalt

Ich erspare mir, breite Ausführungen zu den Investitionen zu machen, die mit der LGS zu tun haben. Auch noch in 2008 verschlingt die LGS einen großen Teil (2,5 Mio. €) unserer investiven Maßnahmen. Wie im letzten Jahr auch unterstützen wir diese Maßnahmen. Wir stellen fest, dass der vorher gesteckte Kostenrahmen bisher trotz einiger unvorhergesehener Widrigkeiten (z.B. Wetterkapriolen) eingehalten ist. Wir sollten diese Gelegenheit nutzen kurz uns in Erinnerung zu rufen, was wir durch LGS alles schon haben. Wir haben die Wallanlagen hergestellt, Klostergarten, Kunsthaus u. a. schon realisiert. Die Baumaßnahmen der Straßenbaulastträger Land, Kreis und Stadt, ob es Straßen, Kreisverkehre oder Fahrradwege sind, sind fertig gestellt. Wir haben schon die Wasserbaumaßnahmen, die nicht nur die Stadt- und Landschaftsumwelt optimieren sondern auch schon ihren eigentlichen Zweck, dem Hochwasserschutz zu dienen, unter Beweis gestellt haben, indem sie gleich zwei 100jährigen Hochwassern standgehalten haben. Und wir werden mit Eröffnung der LGS am 25.04.08 das Zusammenwachsen der beiden Ortsteile Rietberg und Neuenkirchen durch einen Park erleben. Sie mögen mir verzeihen, dass ich ein berühmtes Zitat etwas missbrauche. „Es wächst zusammen, was zusammen gehört. Auch der Gewerbestandort Rietberg wird gewinnen; denn in einem Ort, in dem man gut und gerne lebt, wird man auch gerne arbeiten.“

Bebauungsplan „Am Postamt“ Hallenbad

Bei der Verabschiedung des Haushalts 2007 im vergangenen Jahr haben ich u. a gesagt:

„Die einzige richtige Lösung ist eine Halle mit 25 m Becken und die Kosten müssen in Relation zur Nutzung gezahlt werden. Landrat und Bürgermeister müssen diese Angelegenheit zur Chefsache erklären und wir alle erwarten im Januar ein Ergebnis.“

Wir sind nichts weiter gekommen. Mit Ausnahme, dass der Kreis zu seiner Verpflichtung steht und seinen Anteil mit 70 000 € festgelegt hat. Wir als Rat dürfen uns der Verpflichtung nicht entziehen und wir sind absolut dagegen, dass ein Gutachten nach dem anderen erstellt wird und neue Vorschläge nur die Funktion haben, die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben. Wir halten den Vorschlag ein Naturbad an der Ems zu bauen für eine Luftblase, die wir ganz schnell vergessen sollten. Wir haben ein schönes Freibad und das soll auch so bleiben. Gut finden wir, dass zum ersten Mal unter der Haushaltsstelle „Sanierung Kleinschwimmhalle Neuenkirchen“ die Zahl **0** steht. Wenn wir daraus lesen, dass dieses Becken in Neuenkirchen als abgängig anzusehen ist, dann sollten wir schleunigst Nägel mit Köpfen machen. Es sind 50 000 € als Planungskosten im Haushalt vorgesehen. Für uns ist der Standort an der Westerwieher Straße der geeignete. Die Schüler der beiden Kreisförderschulen sind diejenigen, die dieses Bad am dringendsten gebrauchen. Es sind die am wenigsten begünstigten und sie brauchen unsere Fürsorge am meisten. Ein PPP Projekt würden wir in diesem Falle mitmachen und deswegen fordern wir auch keine Erhöhung der Mittel. Wir können uns nicht familienfreundlich nennen, wenn wir als Schulstandort mit 15 Kindergärten, 7 Grundschulen, 3 Förderschulen, 3 Hauptschulen, einer Realschule und eines Gymnasiums keine überdachte Schwimmstätte haben. Die SPD-Fraktion wird wie in den vergangenen Jahren nicht nachlassen, die Forderung nach einem Hallenbad mit 25 m Becken zu fordern. Wir haben diese Forderung immer gehabt anders als FWG und CDU.

Ich will in diesem Fall die Vorkommnisse um die Bebauung von Göllners Wiese nicht verschweigen. Das Hallenbad hätte dort nie geplant werden dürfen trotz aller Faszination für diese Lösung, was die Finanzen der Stadt angeht. Wir können aber Städteplanung nicht über die Köpfe der Menschen hinweg betreiben. Die CDU sollte sich auch möglichst bald öffentlich von dieser Option trennen. Das **Lindhotel** ist ein städtebaulicher Gewinn für die Stadt. Es schließt auch sicher eine wichtige touristische Lücke. Und wenn ich zurzeit mir die Parkflächen ansehe, so kann man nicht von großem Parkdruck spreche. Es sind noch immer freie Plätze zu bekommen. Gleichzeitig werden in unmittelbarer Nähe an der Einmündung Teichweg / Westerwieherstraße weitere Parkplätze geschaffen. Dennoch hätte die vorläufige Baugenehmigung nicht erteilt werden dürfen, weil vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind und der Bürgermeister seine

Kompetenzen überschritten hat, wenn er dem Investor aus eigener Machvollkommenheit die Stellplatzablösesumme von 76 000 € erlässt.

Der Zweck darf auch in diesem Falle nicht die Mittel heiligen.

Und der Wahrheitsgehalt der Behauptung von Bürgermeister und der CDU, dass der Rat das abgesegnet habe, wird nicht größer, wenn diese Behauptung immer wiederholt wird. Ich suche noch den Beschluss in irgendwelchen Protokollen, wo wir die Ablösung der Stellplätze beschlossen haben und wo wir den Erlass der 76 000 € beschlossen haben. Wir werden im neuen Jahr ein Bebauungsplanänderungsverfahren für diesen Bereich beantragen, damit für alle Beteiligten Rechtssicherheit hergestellt wird.

Investitionsprogramm

Das Investitionsprogramm ist nicht aussagekräftig. Ich möchte nur zu einer Sache etwas sagen. Zum Bereich Feuerwehrgerätehaus, Lehrschwimmbecken und Sporthallenneubau in Neuenkirchen müssen klare Aussagen gemacht werden. Es ist zwar vorgesehen, dass das neue Feuerwehrgerätehaus in 2009 / 2010 gebaut werden soll. Wenn Le(e)hrschwimmbecken, altes Feuerwehrgerätehaus abgebrochen werden, sollten wir schon planerische Überlegungen anstellen, was aus diesem Bereich wird.

Den Neubau der Sporthalle in Neuenkirchen scheint die Verwaltung zu den Akten gelegt haben. Dann müssen wir aber Beschlüsse fassen und es der Bevölkerung sagen.

Schlussbemerkung

Lassen Sie mich zum Schluss auch im Hinblick auf die LGS die Gelegenheit nutzen, den vielen engagierten ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern zu danken. Unsere Vereine und Organisationen sind wesentliches Element in den Ortsteilen der Stadt. Ich möchte in diesem Jahr, in dem wir uns auf das Großereignis „LGS“ freuen, mich bedanken bei den Mitarbeitern der Verwaltung, der Verwaltungsspitze und allen Mitarbeitern, die Großartiges geleistet haben und noch weiter leisten müssen.

Man soll ja nicht nur Gutes tun, sondern auch darüber reden. Ich bedanke mich bei der Presse für die kritische Berichterstattung im vergangenen Jahr.

Wir stimmen dem Entwurf des Haushaltsplans 2008 zu und nehmen das Investitionsprogramm zweifelnd zu Kenntnis.

Ich bedanke mich für die mir entgegengebrachte Geduld.

Für die SPD-Fraktion am 06.12.07

Gerd Muhle, Fraktionssprecher